RC - BULLETIN

VI/1968

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76 PS Berlin West 1941 58

Redaktion:
Solveig Ehrler

Berlin,
den 19. Dez. 1968

I. Zur Diskussion:

1. Horst Mahler sowie Solveig Ehrler: Zu einigen Aspekten der internen Auseinandersetzungen
2. Die Reden vor dem Schöneberger Rathaus am 14.12.1968
   a) Beate Klarsfeld für den Jüdischen Aktionskreis
   b) Erich Ziegler für die SED-Westberlin
   c) Solveig Ehrler für den Republikanischen Club
   d) Jürgen Neitzke für den SDS
3. Flugblatt der Arbeitskreise Agitprop und Politische Theorie
   Eine Antwort

II. Aus den Arbeitskreisen:

1. Offener Brief des Arbeitskreises Agitprop (ad-hoc-Gruppe "Christliche Weihnacht")
2. Aufruf des Delegiertenrats

III. Außerordentliche Mitgliederversammlung (Technische Bemerkungen)

IV. Interne Betriebsprobleme des Republikanischen Clubs
1. Ist die Bücherstube bereits sozialisiert?
2. Über die Behandlung von Angestellten in einem linken Club

V. Veranstaltungskalender

I. Zu einigen Aspekten der internen Auseinandersetzungen

Der Arbeitskreis für Agitation und Propaganda sowie der Arbeitskreis für Politische Theorie im Republikanischen Club Westberlin haben am 16. Dezember 1968 ein Flugblatt herausgegeben. - Eine belanglose Tatsache. - Am Abend des 16. Dezember 1968 entwickelte sich wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine Diskussion um dieses Flugblatt, deren Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit selbst Gegenstand einer politischen Analyse sein sollte. Man tut gut daran, die im Verlaufe der Diskussion sichtbar gewordenen Emotionen von den gedanklichen Inhalten der einzelnen Diskussionsbeiträge zu trennen, um die Zusammenhänge zwischen beiden besser aufspüren zu können. Aber zunächst noch eine Vorbemerkung:

Diskussionen dieser Art pflegen gewöhnlich eine Vorgeschichte zu haben. Die Diskussion von Montagabend zumal hatte eine grundsätzliche Bedeutung, nicht nur für den Republikanischen Club, sondern - wie ich meine - für die gesamte außerparlamentarische Opposition in Westberlin. Wer mit dem Innenleben dieser außerparlamentarischen Opposition, speziell des Clubs, einigermaßen ver-

traut ist und den Standort derjenigen kennt, deren politische Interessen sich in dieser Diskussion artikulierten, der weiß, daß es sich hier um den ersten massiven Versuch der "Traditionalisten" handelte, ihre Politik der Restauration herkömmlicher Organisations- und Kampfformen parlamentarischer Arbeiterparteien zur Generallinie des Republikanischen Clubs zu erheben.

In der Diskussion selbst wurden zwei völlig verschiedene Elemente manipulativ miteinander vermischt. Diese Vermischung entbehrte auf dem Hintergrund der Ereignisse vom 14. Dezember vor dem Schöneberger Rathaus nicht einer gewissen Plausibilität. Sie ist gleichwohl gefährlich.

Auf dem Rathausplatz war im Verlaufe der Kundgebung gegen das Rehse-Urteil des Berliner Schwurgerichts der Genosse Erich Ziegler als Repräsentant der SED Westberlin von einigen Hundert Jugendlichen niedergeschrieen und mit den übelsten Beschimpfungen bedacht worden. Es kann dabei dahinstehen, ob die Jugendlichen wußten, daß Erich Ziegler selbst Opfer der "Rechtsprechung" des Volksgerichtshofes ist. Wer die Schreier auf dem Rathausplatz beobachtet hat, weiß, daß sich hier ein blinder emotionaler Anti-Kommunismus Luft gemacht hatte, wie er sich eindrucksvoller und lupenreiner auch bei der Jungen Union oder noch weiter rechts nicht hätte ausprägen können. Man mußte sich wirklich zusammennehmen, um den Schreiern nichts aufs Maul zu hauen.

Es besteht Einigkeit darüber, daß der Anti-Kommunismus, insbesondere wenn er sich aus Emotionen speist, innerhalb der APO schnellstens abgebaut werden muß. In der Diskussion wurde jedoch deutlich, daß diejenigen, die von diesem Anti-Kommunismus unmittelbar betroffen sind (die Mitglieder der SED) und diejenigen, die sich mit der Politik der temporären Führung der SED partiell oder gänzlich identifizieren, mehr verlangen. Sie werfen dem SDS, dem Republikanischen Club und hier speziell dem Vorstand vor, daß diese Gruppen durch ihre Politik bzw. durch ihre politischen Verlautbarungen den bei vielen zweifellos vorhandenen klein-bürgerlichen Anti-Kommunismus gefördert hätten. Zum Beweis für diese Behauptung wird auf die Erklärung des Club-Vorstandes zur Einführung des Visa-Zwanges durch die Regierung der DDR und auf die Erklärung zur Intervention der 5 Warschauer Pakt-Staaten gegen die CSSR hingewiesen. Insgesamt wird den Adressaten dieser Vorwürfe vorgehalten, daß sie anarchistische Gruppen und Aktivitäten unterstützten, daß sie insbesondere die "Steinschlacht" vom 4. November 67 guthießen und damit der APO die Chance raubten, Rückhalt in der Arbeiterschaft zu finden.

Es ist hier nicht der Ort, den Begriff der "Massenbasis" kritisch zu untersuchen. Durch den Hinweis auf Meinungsverschiedenheiten, die in diesen Fragen bestehen, soll nur aufgezeigt werden, daß die Traditionalisten in der Montagsdiskussion den qualitativen Unterschied zwischen dem irrationalen Anti-Kommunismus und sachlichen Meinungsverschiedenheiten zu den Fragen sozialistischer Politik in der spätkapitalistischen bundesrepublikanischen Gesellschaft eingeebnet haben, indem sie die in der Sache abweichenden politischen Meinungen zur Intervention in der CSSR, zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, zur Politik der Sowjetunion gegenüber revolutionären Bewegungen in der westlichen Hemisphäre und zu den Formen des Widerstandes und des Kampfes gegen die Institutionen des bürgerlichen Staates ebenfalls auf eine unreflektierte anti-kommunistische Haltung zurückführen. Sie meinen, daß die öffentliche Erörterung derartiger Meinungsverschiedenheiten die Position des Klassengegners stärkt. Die richtige Losung, die Kräfte vereint gegen diesen Gegner zu wenden, wird zu dem

Anspruch pervertiert, gegenüber der Politik der Sowjetunion, der DDR und der SED eine unkritische Haltung zu bewahren oder einzunehmen. Sie verkennen, daß die Stärke der sozialistischen Bewegung darin besteht, daß die einzelnen Akte des politischen Kampfes abgeleitet werden aus einer richtigen politischen Theorie, die die Bewegungsgesetze der Gesellschaft adäquat ausdrücken muß, und daß diese wissenschaftliche Grundlage der Politik in dem Maße in Frage gestellt wird, wie wir darauf verzichten, ihre Lehrsätze ständig anhand der praktischen Erfahrung kritisch zu überprüfen und zu diskutieren.

Die Traditionalisten übersehen auch, daß man den irrationalen Anti-Kommunismus nicht dadurch überwindet, daß man ihn denunziert, sondern allein dadurch, daß man durch die Reflexion solidarischer Aktionen und durch eine praxisnahe theoretische Arbeit die sozial-psychologischen Wurzeln dieses Anti-Kommunismus aufzeigt. Es ist erstaunlich, wie die Traditionalisten - übrigens in Übereinstimmung mit den Genossen des SDS und des Club-Vorstandes - die Notwendigkeit predigen, auch mit den von der Springer-Presse verhetzten Teilen der Westberliner Bevölkerung immer wieder das sachliche Gespräch zu suchen und zu führen, daß sie dieses Gespräch aber mit den Teilen der Jugend nicht mehr führen wollen, die den Prozeß der Bewußtwerdung begonnen haben, die heute schon mit roten Fahnen und mit der Losung: "Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg" durch die Berliner Straßen ziehen, die aber die Eierschalen der bürgerlichen Erziehung - und dazu gehört der Anti-Kommunismus - noch mit sich herumschleppen. Hier wird der Ausschluß aus dem Club, aus der APO, aus dem SDS gefordert und konstatiert, daß sich diese Gruppen außerhalb der sozialistischen Bewegung gestellt hätten. Beängstigend ist die Aggressionsenergie, mit der einige der Diskussionsteilnehmer derartige Forderungen erhoben haben. Angesichts dieser Emotionen sieht man in der historischen Perspektive bereits die gegenseitige physische Liquidation der einzelnen Fraktionen der Arbeiterbewegung.

Das äußere Erscheinungsbild der Diskussion vom Montag scheint einen sozial-psychologischen Erfahrungssatz zu bestätigen, nach dem die Unterdrückten die Aggressionen, die aus ihrer repressiven Erfahrung resultieren, gegeneinanderkehren, weil sie in ihrer absoluten Schwäche unfähig sind, diese Aggressionen sinnvoll gegen den eigentlichen Gegner zu richten.

Es zeigt sich, daß auch Sozialisten viel zu wenig über die Struktur und die Ökonomie ihrer psychischen Energien wissen und daher stets in der Gefahr sind, in der politischen Auseinandersetzung das Opfer dieser manipulierten Unwissenheit zu werden.

Horst Mahler

II. Droht der Kampf der sozialistischen Opposition gegen den Kapitalismus in einen Kampf der dezentralisierten sozialistischen Gruppen gegeneinander umzuschlagen? Wer die emotionalen Störungen des Sprechers der SED vor dem Rathaus Schöneberg miterlebt hat, wer die Beschimpfungen einiger Gruppen, vor allem jüngerer Genossen, analysiert, muß zugeben, daß es sich hier um einen Ausbruch eines auf Theorielosigkeit gründenden Anti-Kommunismus handelte. Während sich der Protest während der Rede des Vertreters der Jungdemokraten klar gegen den Inhalt der Rede richtete, galt die Störung der Rede Zieglers weder der Person noch seinem Vortrag, sondern der SED insgesamt.

Das Dilemma, in dem sich die außerparlamentarische, sozialistische Bewegung befindet, ist in der Tat ein doppeltes: die Auswirkungen der Demoralisierung der Arbeiterbewegung und physischen Liquidierung ihrer führenden Kader seit 1918 sind bekannt.

Die sich neu bildenden sozialistischen Gruppen in den 50-er Jahren begannen erst allmählich, sozialistische Theorien aufzuarbeiten; in ihrer politischen Praxis orientierten sie sich jedoch nach wie vor an traditionellen Formen der Organisation der Arbeiterbewegung. Die Problematik dieser traditionellen Orientierung konnte ihnen deshalb nicht bewußt werden, weil die Stabilität des Kapitalismus und die innenpolitische Befriedung revolutionäre Strategien auszuschließen schienen. Neue Krisensymptome des Kapitalismus, die Eskalation des Irrationalismus in der Innen- und Außenpolitik der USA haben erneut die reaktionären und barbarischen Auswirkungen des Kapitalismus entlarvt und die Notwendigkeit seiner Liquidation auf die Tagesordnung gesetzt. Für einen revolutionär zu führenden Klassenkampf gibt es jedoch in Deutschland keine sozialistischen Organisationen, an deren Theorie und Praxis sich die jungen sozialistischen Gruppierungen der antiautoritären Bewegung orientieren könnten.

Der in den 50-er Jahren geführte Klassenkampf zwischen Ost- und Westdeutschland forderte von den sozialistischen Gruppen zwangsläufig und begründet Solidarität mit der objektiv bedrohten ökonomisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR. Die begründete Zwangssolidarität wird aber zu einer Fessel in dem Augenblick, in dem verlangt wird, daß unsere Strategie des Klassenkampfes sich an den außenpolitischen Interessen der DDR orientiert. Eine derartige Zwangssolidarität wird besonders lähmend, da der Aufbau der ökonomisch-sozialistischen Gesellschaft in der DDR nicht das Ergebnis einer proletarischen Revolution ist, sondern durch kommunistische Emigrantengruppen mit Hilfe der sowjetischen Armee etabliert werden konnte.

Parteien wie die DKP und die SED-Westberlin, die ihren Beitrag zum Klassenkampf nur mehr als Erhaltung des Status quo begriffen und innenpolitisch defensiv operieren, ideologisch außerdem die durch den Stalinismus vollzogenen Verdrängungen der sowjetischen Revolution und ihrer Utopien kritiklos übernommen haben, können weder theoretisch noch organisatorisch als Vorbilder akzeptiert werden. Die aus diesem Vakuum abzeptanter sozialistischer Organisationen resultierenden Probleme der jungen sozialistischen Bewegung erklären ein weiteres Dilemma: eine ständige experimentelle politische Praxis, die Unorganisiertheit der Bewegung, Differenzen in der Theorie, sogar Theorielosigkeit bei Teilen der antiautoritären Gruppen und ein neuer autoritärer Dogmatismus gegen den Revisionismus des etablierten Sozialismus, wie ihn z.Zt. die ROTE GARDE dokumentiert.
Es ist aber unmöglich, die theoretisch und organisatorisch dezentralisierte Opposition unter dem Postulat einer Aktionseinheit, einer verschwommenen nur negativen politischen Zielsetzung (Antifaschismus) und einer inhaltslosen Demonstrationsdisziplin zu kurieren.
Immer problematischer und gefährlicher wird aber auch jenes Konzept, das die permanente Aktion zum Heilmittel politischer Theorielosigkeit erklärt. Notwendiger denn je ist die Erarbeitung eines Konsenses in der politischen Strategie der sozialistischen Bewegung.
Die Basisgruppen im SDS und der RC planen daher, im Februar 1969 einen Kongreß durchzuführen, auf dem die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus geführt und Ansätze zu einer basisorientierten Strategie entwickelt werden. Erst die öffentliche Auseinandersetzung und die Entwicklung verbindlicher Konzeptionen ermöglichen die Durchführung gemeinsamer Aktionen. Voraussetzung sollte dabei auf beiden Seiten ein Mindestmaß an Solidarität und die Einhaltung vorher besprochener Vereinbarungen sein.

Die Reden vor dem Schöneberger Rathaus am 14. Dezember 1968

a) Beate Klarsfeld (JAK)

Nach der von Hitler verursachten Katastrophe hat sich an der Basis des deutschen Staates nichts geändert. Denn der deutsche Kapitalismus hat wieder seine ursprünglichen Formen angenommen und bedeutet somit die erste Etappe eines neuen Anfangs des deutschen Nationalsozialismus.

Bei uns rehabilitiert man die Verbrecher und bestraft die Unschuldigen. Eine Kategorie nach der anderen wird rehabilitiert. Angefangen bei den KZ-Bestien. Denn sie haben ja "nur Befehle ausgeführt". Dann die Polizisten, sie haben ja "nur ihre Pflicht getan". Die Generäle, weil sie ihr Vaterland "verteidigt haben". Die Richter, weil sie "richten mußten". Und warum sollte man nicht morgen einen Himmler rehabilitieren? Herr Himmler ist ein "Widerstandskämpfer". Er hat doch 1944 die Gaskammern abgerissen, die er allerdings 1941 errichten ließ. Und wundern Sie sich nicht, auch Herr Hitler wird rehabilitiert werden. Denn wenn sich alle anderen als unschuldig erweisen, dann ergibt es sich ganz von selbst, daß diese Unschuldigen sich niemals einen Verbrecher zum Führer gewählt hätten. Und somit wird auch Herr Hitler freigesprochen werden. Wir aber, die wie heute hier so zahlreich auf dem Schöneberger Rathausplatz versammelt sind, werden den Kampf dagegen führen. Wir können unseren Gegner jedoch nur mit Massenaktionen bekämpfen.

Das Urteil der Klassenjustiz muß aufgehoben werden. Rehse muß für die von ihm angeforderten Todesurteile im Dritten Reich bestraft werden. Dieser Mann soll frei ausgehen für all die Schrecklichkeiten, die er begangen hat. Diejenigen aber, die dagegen protestieren, werden von der Polizei zusammengeschlagen und werden mehrere Monate ins Gefängnis gesteckt. Das ist ein ausgezeichneter "Rechtsstaat": Eine Ohrfeige - ein Jahr Gefängnis, ein ermordeter Jude nicht mal zehn Minuten Haft. Wir müssen hierauf reagieren. Die internationale Öffentlichkeit erwartet das von uns.

Halten wir uns immer vor Augen, daß wir nur dann erfolgreich sein können, wenn wir über die gleiche Willenskraft und über die gleichen Organisationsfähigkeiten verfügen wie unser Gegner.

....

b) Erich Ziegler (SED)

Sie werden meine Erregung und Empörung gegen den unerhörten Freispruch des Blutrichters Hans Joachim Rehse durch das Westberliner Schwurgericht verstehen.

Ich ergreife das Wort als ehemaliger Angeklagter vor dem faschistischen Volksgerichtshof, der mich wegen antifaschistischen Widerstands zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilte.

Ich erhebe als ehemaliger Angeklagter vor dem faschistischen Volksgerichtshof Anklage gegen das spätkapitalistische System und seine Gerichte im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und im Namen meiner kommunistischen, sozialdemokratischen und antifaschistischen Mitstreiter von damals, die als Kämpfer gegen den Faschismus Opfer des Faschismus wurden.

Erinnern wir uns von der Tribüne dieser machtvollen Kundgebung an solche Helden des antifaschistischen Widerstandes wie: Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Anton Saefkow, an die Geschwister Scholl, an

Schulze-Boysen, die dem barbarischen Faschismus kühn die Stirn boten und mutig in den Tod gingen.

Wir dürfen nicht dulden, daß ihr Andenken geschändet wird, daß ihre Opfer umsonst waren.

Es ist ein fataler und verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß dieses Schandurteil ein Bruch des herrschenden Rechts sei. Nein. Unser Menschenrecht, das Recht der Arbeiter und Studenten, der Antifaschisten und Antimilitaristen, der Demokraten und Sozialisten, wird von den Herrschenden niedergetreten, kraft herrschenden Rechts.

Deswegen geht unsere Anklage nicht nur gegen diese angeblich unabhängigen Ausführungsorgane, namens Moabiter Schwurgericht, nicht nur gegen den Blutrichter Rehse. Unsere Anklage geht gegen die Machthabenden, die sich diese Gesetze, diese Gerichte, diesen Gerichtsvorsitzenden geschaffen haben.

Oske hat das Recht seiner Klasse gesprochen. Das ist das alte Recht der Räuber, der Unterdrücker. Das muß man verstehen. Das darf man aber niemals verzeihen.

Darum müssen die Millionen ihrem Recht gegen das usurpierte Recht der Millionäre in entschlossenen und vielfältigen Kampfaktionen Geltung verschaffen.

Berlinerinnen und Berliner! Es ist kein Zufall, daß Oske den Freispruch des Blutrichters Rehse in Zusammenhang brachte mit der vom Bonner Bundestag beschlossenen Notstandsverfassung, der gesetzlichen Vorbereitung der Notstandsdiktatur des spätkapitalistischen Systems.

Die ewig Gestrigen wollen durch ihre Gesetze, durch ihre Rechtsprechung ihre Macht und Herrschaft stabilisieren und ausdehnen. Die Führungen der Rathausparteien geben sich den Anschein der Empörung gegen den Freispruch. Ich möchte hier mit allem Nachdruck feststellen: Dieses Urteil wurde ideologisch und politisch von den Herrschenden vorbereitet.

Hunderte Urteile wurden in dieser Stadt - von diesen Gerichten - gesprochen, die Kämpfer gegen den Faschismus und Neofaschismus außerhalb von Recht und Gesetz gestellt, die Wiedergutmachung für ihre Leiden und Opfer verweigert. Warum sollte sich Richter Oske dadurch nicht ermutigt fühlen, den Blutrichter des faschistischen Volksgerichtshofes, den vielfachen Mörder Hans-Joachim Rehse, freizusprechen. Die Mörder von gestern sollen rehabilitiert, den Mördern von morgen soll freie Bahn gegeben werden.

Freispruch für Rehse und Kurras; Kriminalisierung sozialistischer und demokratischer Aktivität - das ist der Sinn der Urteile der Klassenjustiz. Heute trifft es Hunderte - morgen soll es Millionen treffen.

Wir fordern:
Revision des Rehse-Urteils! Strenge Bestrafung aller Kriegs- und Naziverbrechen! Entfernung aller Belasteten aus Justiz, Polizei und Verwaltung. Vereinigen wir unsere Kräfte zur Zurückdrängung und schließlichen Überwindung des spätkapitalistischen Systems! Vereinigen wir unsere Kräfte gegen Renazifizierung und Neofaschismus! Vereinigen wir unsere Kräfte für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

c) Solveig Ehrler (RC)

Der Fall Rehse ist nicht ein Fall Rehse, er ist auch nicht ein Fall Dr. Oske, sondern er ist ein Fall der politischen Justiz in unserer Gesellschaft. Der Richter Dr. Oske hat sich nicht der Rechtsbeugung schuldig gemacht, er ist weder Nazi noch Neonazi, sondern ein Richter, der sich auf geltendes Recht, auf Entscheidungen der Obersten

Justizbehörde, den Bundesgerichtshof, berufen kann. Diese Oberste Justizbehörde hat bereits 1957in einem Grundsatzurteil die strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Ausübung richterlicher Tätigkeit auf den Tatbestand der Rechtsbeugung eingeschränkt. Damit hat sie ein Standesrecht zum Schutze auch all jener Richter geschaffen, die nach Recht und Gesetz des NS-Regimes verurteilten und mordeten.

Dieses Urteil entlarvt aber zugleich, worauf Recht und Gesetz in unserer kapitalistischen Gesellschaft gründen. Die Ausdehnung der einschränkenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf die Nazi-Zeit zeigt, daß Recht und Gesetz nicht von humanen im Naturrecht verankerten Werten bestimmt sind, sondern daß Recht die tatsächlichen Machtverhältnisse sanktioniert.

Sie zeigt, was Richter in dieser Gesellschaft zu tun haben. Sie haben die bestehenden Machtverhältnisse mit dem Instrumentarium der Strafjustiz gegen ihre Umwälzung zu schützen.

Die Justiz ist nicht unabhängige dritte Gewalt, sie ist Instrument des Staates, Instrument der Herrschenden in dieser Gesellschaft, sie ist Klassenjustiz. Dr. Oske hat diesen Klassencharakter deutlich in seiner Urteilsbegründung formuliert. Er sagte: "Es wurden keine gesetzlichen Bestimmungen verletzt. Damals ging es darum, in einer schweren Krise den Bestand des Reiches zu sichern. In Kriegs- und Krisenzeiten, in denen die Gefahr eines Zusammenbruchs besteht, wird es immer strengere Gesetze geben. Jeder Staat wird dann zu härteren Mitteln greifen müssen. Das hat auch die Bundesregierung getan und die Notstandsgesetze geschaffen."

Deshalb sind Schütz, Neubauer, Sickert, sind all jene, die die Herrschafts- und Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft verwalten, Heuchler, wenn sie sich über den Freispruch Rehses empören, aber die Disziplinierung und Einschüchterung von Demonstranten durch dieselbe Justiz nicht nur dulden, sondern offen fordern.
Wenn Herr Neubauer heute Bestürzung mimt, dann erinnern wir ihn daran, daß er anläßlich des Verwaltungsgerichtsentscheides über die Unzulässigkeit des Verbots der Vietnamdemonstration im Februar 1968 die Brauchbarkeit der bestehenden Rechtsprechung in Zweifel gezogen hat.

Wenn der Vorstand der Jungsozialisten sich empört, dann sagen wir ihm, daß er sich doch mit seiner Partei auseinandersetzen soll, die vor einigen Tagen vorbeugende Strafmaßnahmen gegen die Rocker gefordert hat. Konsequent hat der neue Polizeichef Hübner, ebenfalls Mitglied der SPD, in Anknüpfung an die Praxis der Gesinnungsjustiz der Weimarer Republik und des NS-Regimes die Ausdehnung vorbeugender Strafmaßnahmen auf Überzeugungstäter gefordert. Er befindet sich darin in Übereinstimmung mit der CDU.

Freunde, Genossen! Es ist kein Zufall, daß die Herrschenden zur Zeit die Klassenauseinandersetzung unter dem Schein der Legalität mit den Instrumenten der Staatsbürokratie und der Politischen Justiz führen. Der Kapitalismus im Gewande des NS-Staates ist den meisten noch zu frisch in Erinnerung und würde den repressiven Charakter des Kapitalismus zu deutlich entlarven. Der befriedete Kapitalismus im Gewande des Rechtsstaates meidet die Eskalation der offenen Klassenauseinandersetzungen auf der Straße und verlegt sie in die Gerichtssäle. Er fürchtet mit Recht die wachsende Solidarisierung und Öffentlichkeit kollektiver Kampfmethoden. Deshalb versucht er durch Isolierung und

administrative Angriffe auf den Einzelnen Solidarisierung und Öffentlichkeit zu unterlaufen und die Opposition zu demoralisieren. Nicht wir, sondern die Justiz und die Verwaltungen betreiben den individuellen Terror unter dem Schein der Legalität. Wir aber müssen den individuellen Terror mit dem kollektiven, solidarischen Widerstand beantworten.

Wir müssen die Solidarität auch außerhalb der Universität herstellen und die Isolierung durch den Staatsapparat unterlaufen. Wir dürfen nicht ein zweites Mal zulassen, daß der Staatsapparat - wie in der Weimarer Republik - die Opposition mit dem Instrument der Politischen Justiz bereits demoralisiert, um dann widerstandslos von einem repressiv befriedeten Kapitalismus in einen offen terroristischen umschlagen zu können. Wir müssen den Instrumentalcharakter der Legalität entlarven und der Legalität der Herrschenden die Legalität der sozialistischen Opposition entgegensetzen. Wir müssen, wie vor dem Landgericht zeigen, daß wir auch bereit sind, zu gewaltsamen Widerstand zu greifen. Wir müssen Bezirksverordneten-Versammlungen stören, öffentlich machen, notfalls verhindern, wenn diese die Anstellung von Lehrern durch Empfehlungen an den Senat zu hindern suchen, die eine Ausbildung bei kritischen Professoren, wie Professor Gottschalch, erhalten haben.

Heute sind wir demonstrierend durch die Straßen gezogen und haben unseren Protest nur verbal kundgetan. Wir wissen aber längst, daß der verbale öffentliche Protest nicht ausreicht. Wir müssen den kollektiven Widerstand in alle Bereiche der Gesellschaft tragen und das Bewußtsein der Stärke in solidarischen Aktionen entwickeln, um zu verhindern, daß der formierte Kapitalismus in den offenen Faschismus/in eine sozialistische, humane, nicht repressive Gesellschaft überführt werden kann. Wir müssen vom Kampf gegen die Instrumente des Staatsapparates, vom Kampf gegen die Strafjustiz, gegen die Strafanstalten, die KZs unserer befriedeten Gesellschaft, zu deren Abschaffung gelangen,

/umschlägt. Wir müssen den kollektiven Widerstand in die Betriebe, in die Schulen tragen, damit der formierte Kapitalismus/

d) Jürgen Neitzke (SDS)

Der Richter Oske und seine Angeklagten haben kein Hitlerbild auf dem Schreibtisch und keine Reitpeitsche im Schreibtischfach. Malen wir uns nicht das Bild eines Totschlägers, der die SS-Uniform unter der Robe trägt. Richter Oske ist kein Einzeltäter. Richter Rehse ist kein Einzeltäter. Richter Oske teilt mit seinen Kollegen die genau umrissene Aufgabe, den Bestand des Staates zu schützen.

Welches Staates? Des Staates einer verschwindenden Minderheit von Ausbeutern, die im Verein mit den Arbeiterverrätern aus den SPD- und DGB-Bürokratien die Massen niederhält. Wann greift dieser Staat zur offenen Gewalt? Wenn er in seiner Grundlage erschüttert wird. Oske belehrt uns: "In Krisenzeiten und besonders, wenn es um den Bestand des Staates geht, können auch besondere Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren nötig werden." Das hieß für das Jahr 1943: Wenn sich bei Stalingrad der Sieg im Volkskrieg gegen die Hitlerfaschistischen Angreifer abzeichnete. Das heißt für das Jahr 1968: Wenn die arbeitenden Massen sich nicht von der DGB-Spitze disziplinieren lassen, wenn die Studenten die Produktivkraft Wissenschaft massenhaft gegen die Herrschenden wenden, wenn die Schüler und Lehrlinge dem brutalen Druck ihrer Ausbilder widerstehen. Das hieß nach 1918: Staatsnotstand, nach 1933: Ermächtigungs- und Ausnahmegesetz, nach 1968: Notstandsgesetze. Wir danken Ihnen Richter Oske, daß Sie auch diesen Zusammenhang erwähnt haben.

Zur Zeit bringt die SPD ein Gesetz zur Vorbeugehaft ein, selbstverständlich nur für Schläger, Rocker, Diebe und Betrüger. Aber der Westberliner Polizeipräsident Müller hat gestern dankenswerterweise festgestellt, was wir sowieso alle wußten, daß dieses Gesetz für uns alle bestimmt ist, für Störer, die gegen die Ruhe und Ordnung der Ausbeutung kämpfen.

Genossen! Wir haben die Staatsmaschine des westdeutschen und westberliner Imperialismus, die Polizei- und Militärmaschine, die Beamten und die Richter nicht vereinzelt und moralisierend anzuklagen. Der Slogan 'Neo-Nazis raus aus Westberlin' ist unsinnig, weil der Richter Geze kein Anhänger Hitlers, sondern ein fügsamer Diener seines Staates, seiner Urteilsmaschine, ist. Sein einziger Fehler war seine Ehrlichkeit. Warum heult die Springer-Presse auf, warum erregen sich die aufrechten Neubauer-Demokraten? Weil ihre wahren Absichten enthüllt werden. Weil Schluß gemacht wird mit dem rechtsstaatlichen Mäntelchen. Daraus haben wir zu lernen. Der Apparat unserer Unterdrücker, unsicher geworden angesichts des beginnenden Widerstands, schickt sich an, zum offenen Terror überzugehen.

Genossen! Die Bourgeoisie und ihr Staat werden freiwillig keinen Zentimeter zurückweichen. Sie wird es nicht zulassen, daß eine linke Parlamentsmehrheit sie einfach abschafft. Über diese Idee hat Lenin sich schon lustig gemacht. Er hat uns auch die Richtung unseres Kampfes gezeigt. Dieser Kampf gipfelt in der Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparats und der Errichtung der Diktatur des ganzen arbeitenden Volkes über seine Peiniger.

Die sozialistische Bewegung der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten hat das Erbe einer Geschichte angetreten, die den deutschen Faschismus mit der Zerschlagung der Klassenorganisation der Arbeiter für beendet hielt. Aber nach dem Ende des 2. Krieges haben die Sozialisten sowenig an der abgebrochenen Tradition der Arbeiterbewegung ihre Reorganisierung angefangen, sowenig der deutsche Faschismus seine bankrotte Herrschaft wiederaufgerichtet hätte. Noch in den fünfziger Jahren glaubten einige, der Kampf gegen den Faschismus in der deutschen Bundesrepublik setze den Kampf des antifaschistischen Widerstands einfach fort. Und bis heute glauben noch immer einige, die Sozialisten könnten wenigstens ihre Haut retten, wenn sie nach der Entfernung von alten Nationalsozialisten aus den Führungscliquen des Regierungsapparats, den Zentren des Monopolismus, aus den staatlichen Bürokratien insgesamt und aus dem Militär, schreien. Innerhalb unseres Kampfes ist aber der Ruf nach der Entfernung dieser alten Nationalsozialisten eine Stimme im monopolistischen Chor, der die Erinnerung an die historische Bedeutung des antifaschistischen Widerstands verschlingt. Den staatlichen Bürokratien, den Spitzenverbänden der Wirtschaft, der neuen Generalität, die alle längst mit jüngeren besetzt sind, kommt es aber nur auf die Selbstreinigung vor den Augen der Verbündeten im imperialistischen Lager an. Es kommt ihnen darauf an, sich vor den Augen der US-Imperialisten als die Repräsentanten der Zweiten deutschen Republik vorzustellen, die mit lästigen Anachronismen aus der Herrschaft des deutschen Faschismus schon fertig werden. Sie errichten aber gleichzeitig unter den Schutz von Militärbündnissen und Wirtschaftsabkommen mit dem imperialistischen Lager diejenige Form von politischer Herrschaft, die unter dem Schleier des bürgerlichen Parlamentarismus die glattere, reibungslosere, weniger Aufsehen erregende Herrschaft des Kapitals in internationalen Rahmen sichern und festigen soll.

In diesem Bemühen ist ihnen die sogenannte Dritte Gewalt die sicherste Hilfe. Die "unabhängige" Richterschaft, nach dem 2. Krieg wieder auf Lebenszeit in ihre Ämter eingesetzt, glaubte sich schon vor dem Schatten der Vergangenheit sicher, als Kommunisten, die nach dem Parteiverbot noch vor sich hören liessen, mit hohen Gefängnisstrafen zum Schweigen gebracht worden waren. Aber der Kapitalismus ist so einfach, noch immer so mangelhaft organisiert und vor Massenbewegungen noch immer so wenig abgesichert, daß sein Lügengebäude ins Wanken gerät, sobald er an einer empfindlichen Stelle getroffen wird. Die deutsche Richterschaft schickte sich zum ersten Mal im Jahre 1967 an, offen die ihr in der Klassengesellschaft zugedachte Rolle zu spielen.

Aber sie sah und sieht sich nicht mehr alten Kämpfern gegenüber, die sie aus der illegalisierten Bewegung isolieren konnte. Sie stellt mit Schrecken fest, daß die in den Kämpfen gewonnene Solidarität, daß die in den Kämpfen gewonnenen politischen Einsichten vor den Schranken der Justiz nicht haltmachen.

Die von der sozialistischen Studenten- und Schülerbewegung begonnene, auf die jungen Arbeiter und Lehrlinge übergesprungene Justizkampagne hat die Ebene des Protestes gegen rechtsstaatliche Übergriffe längst abgestreift. Wir alle haben erfahren, daß wir genau in dem Augenblick mit der ganzen Gewalt, die der Justiz im organisierten Polizeiapparat und dem kapitalistischen Staat insgesamt in den militärischen und paramilitärischen Organisationen bis hinter zum Werkschutz in den Fabriken zu Gebote steht, gegen die Massenbewegung der sozialistischen Arbeiter, Schüler und Studenten rechnen müssen, wenn wir die Agenturen des kapitalistischen Staats an ihren empfindlichen Stellen treffen, wenn wir sie offen zu bekämpfen beginnen.

Genossen! Was haben wir vom 4. November, dem Tag der Demonstration am Tegeler Weg, gelernt, was hat die bürgerliche Presse, was haben die Kapitalisten gelernt? Daß wir ihnen ihre Reformpläne aus den Händen schlagen, weil die Grundlage dieser Gesellschaft, die kapitalistische Produktionsweise und ihre Produktionsverhältnisse von der Bourgeoisie und ihren weltweiten Verbündeten im imperialistischen Lager nicht friedlich reformiert werden kann. Daß wir die Rolle der Opfer nicht länger spielen. Der kapitalistische Staat der deutschen Bundesrepublik, das Parteienkartell, sucht, die nachfaschistischen Organisationen zurückzudrängen, zu verbieten, gibt sich alljährlich einige Male die Gelegenheit, Mitleid mit den Opfern des Faschismus zu heucheln. Aber die deutsche Richterschaft und ihre Komplizen in der Politischen Polizei schafft Hunderte von Strafprozessen, die sich mit jeder Verhandlung vervielfältigen in dem Maße, wie wir den Widerstand verdoppeln und verdreifachen.

Es gibt aber einige, die sagen, daß die spontane offene Gewalt gegen den Staat der Bourgeoisie uns schade. Die so reden, zählen die Massen blos nach Köpfen und fallen in den Chor der bürgerlichen Propagandisten ein. Die so reden, haben vergessen, daß ein Funken einen Steppenbrand entfachen kann. Umgekehrt: Sie unterstützen wie die freiwillige Feuerwehr die staatliche beim Löschen der Funken und lassen sich bescheinigen, als wie nützlich sie sich gegebenenfalls erweisen. Und die so reden, auf deren Widerstand wird der Staat der Bourgeoisie nicht rechnen dürfen.

Der antifaschistische Kampf hat ein verändertes Gesicht. Er setzt eine Geschichte fort, indem er sie kämpferisch verändert. Überall ist der Kampf der Arbeiter, Schüler und Studenten ein Beispiel für diese Veränderung. Die Justizkampagne, die wir begonnen haben, klärt auf in dem Maße, wie sie in einer massenhaften Anstrengung die Justiz als ganze zu beseitigen sich anschickt.

Was werden wir machen? - Es gibt wiederum einige, die fallen in den Chor der bürgerlichen Propagandisten ein, indem sie nach Kriminellen und Nichtkriminellen trennen. Sie sagen, wir müßten schon wissen, ob wir uns mit Arbeitern o d e r mit Rockern verbünden wollten. Die so reden, Genossen, erweisen dem Kapital und seinem Staat einen guten Dienst. Wir aber wissen, daß die wirklichen Opfer der Klassenjustiz die Arbeiterinnen und Arbeiter sind, die Arbeiterkinder, die nach Eigentumsdelikten schutzlos dem beispiellosen Zynismus der deutschen Richter ausgeliefert sind. Wir wissen, daß die wahren Opfer der Klassenjustiz auch die Rocker sind, junge Arbeiter und Lehrlinge in ihrer überwiegenden Zahl, in denen der Kapitalismus die Kehrseite seines Marktes vernichten will, von dem er lebt, nämlich des Apparats der Vergnügungsindustrie, der die Jugend bei der Stange halten soll.

Zusammen mit allen, welche die Überreste des linksliberalen Bewußtseins in ihren Köpfen getilgt und im Kampf ein sozialistisches Bewußtsein entwickelt haben, haben wir begonnen, die Justiz der herrschenden Klasse überall da offen anzugreifen, wo sie sich zeigt. Die Prozesse in Westberlin und Westdeutschland zeigen, wie der Justizapparat zittert. Offensive Maßnahmen gegen die Stätten des Strafvollzugs, gegen die Jugendhöfe und Zuchtanstalten, in denen Menschen in ungeheurer Zahl seelisch und körperlich verkrüppelt werden, das ist die Antwort auf die permanente Gewalt des kapitalistischen Staats.

Genossen! Wir haben gelernt, daß wir nur die zeitweilige Vorhut im Kampf gegen den ganzen kapitalistischen Staat sind, daß wir nicht ruhen werden, bis die Unterdrückten und Geknechteten sich organisiert erheben, um den ganzen Plunder von sich abzutun. Dazu gehört auch, daß wir die Ausbildungsstätten für den Nachwuchs der deutschen Richterschaft lahmlegen, die Ausbildung selber abschaffen werden. Unsere sozialistische Gesellschaft wird sich ihre eigenen Gesetze geben, die ausschließlich von den Formen des freien Zusammenlebens der Menschen diktiert sind.

Genossen! Von den auf unserer Seite gefallenen Genossen seit der Ermordung von Rosa und Karl wirduns ein Abgrund trennen, wenn wir uns in ihren Kämpfen nicht wiedererkennen. Jede antifaschistische Feierstunde vergrössert diesen Abgrund. Die während des Faschismus unter dem Henkersbeil starben, hatten erst begonnen, das Kämpfen zu lernen. Die Bourgeoisie verschweigt sie oder versucht sie stumm zu machen, indem sie sie verklärt. Wir müssen dort fortfahren, wo unsere gefallenen Genossen nicht weiterlernen und nicht weiterkämpfen konnten, wo ihr Weg zum Kommunismus abbrach. Genossen! Jedes Opfer des unmenschlichen imperialistischen Systems muß unseren Kampf unerbittlicher machen. Die Genossen, die im Untergrund lehrten und forschten, die den Widerstand organisierten, die im Wedding nachts Plakate klebten, die die Munitionszüge der Faschisten in die Luft sprengten, die in ganz Europa den Faschisten mit der Waffe in der Hand Widerstand leisteten, s i e a l l e i n b i l d e n u n s e r r e v o l u t i o n ä r e s E r b e !
Nieder mit der Klassenjustiz!
Nieder mit dem imperialistischen Unterdrückungsapparat und seinen Helfershelfern, den Arbeiterverrätern von Noske bis Hübner!
Der kapitalistische Staatsapparat m u ß zerschlagen werden!
Hoch die kämpfenden und lernenden Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten!
Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

4. Flugblatt der Arbeitskreise Agitprop und Politische Theorie

(siehe Beilage nach Seite 12)

4. Eine Antwort

Bei der Club-Diskussion am Montag, den 16. Dezember 1968, scheint von dem eigentlichen Anlaß - ein Flugblatt des Arbeitskreises Agitprop - wenig gesprochen worden zu sein.
Das ist auch verständlich, da es sich um ein vollkommen unpolitisches Pamphlet handelt, dessen sachlicher Inhalt nicht leicht zu entdecken ist.
Weniger verständlich ist, daß auf allen Seiten um den Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten herumtaktiert wurde.

Das ging so weit, daß Leute (wie Mahler), die sich zum antiautoritären Lager rechnen, glaubten ex cathedra verkünden zu müssen, daß öffentliches Ausbuhen eines Sprechers der SED nur durch Unreife, mangelnde theoretische Reflektion und latenten Antikommunismus zu erklären sei.
Fast vollkommene Einigkeit bestand in einer ziemlich unangenehm schulterklopfenden Haltung diesen "jungen Leuten" gegenüber.
Konsequenterweise wurden dann - von überflüssigen persönlichen Attacken abgesehen, die auch nur der Verschleierung offenbar vorhandener prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zu dienen scheinen - nur noch taktische Fragen erörtert, etwa in dieser Art: Wenn schon (!!) Auseinandersetzung, dann doch nicht öffentlich. (Warum eigentlich nicht?)
Solche Diskussionen bringen nur eine Verschärfung, keine Lösung. (Ist das eine Alternative?)
Neubauer sieht mit Freude, wie sich die APO "zerfleischt". (Tatsächlich kann er sehen, daß außer ihm noch andere Leute gemerkt haben, wie harmlos die SED ist; das sollte ihn wenig freuen!)
Und schließlich: Wenn einmal eine gemeinsame Aktion beschlossen worden ist, darf niemand aus der Einheitsfront ausbrechen. (Tatsächlich muß man davon ausgehen, daß die nicht weniger, die sich da erkühnt haben zu pfeifen, kaum an der Diskussion über die Frage der Gemeinsamkeit beteiligt worden waren.)

Wie wäre es, wenn man versuchsweise davon ausginge, daß diejenigen, die vor dem Rathaus und in der TU so scharf (und wenig höflich - na und?) gegen die SED Stellung bezogen haben, vollkommen richtig erkannt haben, daß zwischen dem Anspruch und dem Ziel der APO (schlagwortartig zu umschreiben mit Sozialismus ohne Apparat und Funktionäre) und der Struktur und der Argumentationsweise der SED (ebenso schlagwortartig: straff organisierte Kaderpartei) ein prinzipieller Widerspruch besteht, der vielleicht nicht für alle Zeiten, wohl aber heute und morgen, unüberbrückbar ist.

Der Versuch, ihn zu verkleistern, heißt den bisherigen Anspruch der APO aufgeben. Einen solchen Anspruch kann man aber nicht aus taktischen Gründen aufgeben, um gelegentlich wieder darauf zurückzukommen.

Hans-Joachim Seidel

II. Aus den Arbeitskreisen

Im nachstehenden veröffentlichen wir einen "Offenen Brief" der ad-hoc-Gruppe "Christliche Weihnacht 1968" aus dem Arbeitskreis Agitation und Propaganda:

Unsre Herren, wer sie auch seien,
sehen unsre Zwietracht gern.
Denn so lang wir uns entzweien,
bleiben sie doch unsre Herrn.

Bertolt Brecht

Ein SS-Offizier schrieb am 2o. Januar 194o seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler: "Ich schlage Exekution des Ziegler vor." Erich Ziegler wurde zu lebenslangem Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Seit dem 14. Dezember 1968 scheint eine Gruppe der Außerparlamentarischen Opposition das Verlangen zu spüren, das Urteil des Freisler-Rehse-Gerichts zu vollstrecken. Vor über 25 Jahren schrie Freisler den Genossen Ziegler nieder, heute besorgen das bestimmte Mitglieder der APO. Das starke Engagement gegen den SED-Sprecher ist ohne die antikommunistische Erziehung dieser Engagierten nicht denkbar. Die selbe Entschiedenheit wäre bei der Mieterkampagne nützlicher, allerdings auch mit mehr Arbeit verbunden.

Wir verstehen, daß viele Genossen, die noch vor einem oder zwei Jahren die Anrede "Genossen" von sich gewiesen haben, bis heute ihre Abneigung gegen die wenig modische SED nicht abbauen konnten.

Wir verstehen, daß die neuen Sozialisten von sich glauben, sie hätten die bessere Lösung für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir verstehen, daß das Verständnis bei vielen Genossen vom Wesen des Faschismus dem Verständnis ähnelt, das der NS-Führungsoffizier Strauß beweist, wenn er "den Linken" vorwirft, sie hätten die Kristallnacht zum Dauerprogramm erhoben.

Wir verstehen auch, daß die Leute nach einem Blutbad schreien, die weder eines erlebt haben, noch die Waffen der Polizei besitzen. Sie projizieren ihre eigene Harmlosigkeit in ihre Gegner.

Aber es ist für uns nicht mehr zu verstehen, warum bestimmte Gruppen und Personen einen SED-Sprecher niederschreien, der sich im Kampf um eine gerechte Gesellschaft Verdienste erworben hat, während seine Kritiker uns bisher im Zweifel gelassen haben, ob ihr Klassenbewußtsein ihre nächste Beförderung überleben wird.

Verschiedene Gruppen und Personen machen ihre Affekte zum Richter darüber, wer als Sozialist zu gelten habe und wer nicht, zur Gaudi der Henker von morgen und zur Gaudi Neubauers, der sich hinter einem Fenster des Rathauses eins lachte, und der demnächst dafür zu sorgen haben wird, daß sie selbst, wir und die SED zur Vorbeugehaft hinter Gefängnismauern oder hinter dem Zaun des Spandauer Konzentrationslagers verschwinden.

Wer in einer gemeinsam beschlossenen Aktion vor dem Klassengegner keine Solidarität zeigt, stellt sich außerhalb der sozialistischen Bewegung.

Wir werden in Zukunft nicht mehr bedingungslos mit solchen Gruppen zusammenarbeiten.

Berlin, 16. Dezember 1968

Arbeitskreis für Agitation und Propaganda
Arbeitskreis für politische Theorie

im RC - Westberlin

O f f e n e r B r i e f

ad-hoc-Gruppe
"Christliche Weihnacht 1968"
(Arbeitskreis Agitprop" im
Republikanischen Club Westberlin)
c/o Michael Müthe
1 Berlin 44
Sonnenallee 103
Tel.: 686 58 60

Berlin, den 13. Dez. 1968

An das
Gemeindeamt der
Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche
z.Hd. Herrn Pfarrer ....
1 B e r l i n 30
Lietzenburger Str. 39

Sehr geehrter Herr Pfarrer ..... !

In den Tagen vor dem diesjährigen Weihnachtsfest erfüllt viele Menschen, vor allem aber Teile der jungen Generation, tiefe Sorge um die Haltung unserer Kirche zum Inhalt dieses, alle betreffenden, zentralen Feiertages des Kirchenjahres.

Flensburger Theologen fordern in konsequenter, radikaler Weiterführung der Sinngebung der Kirchenfest durch die Mehrheit unserer Gesellschaft die Abschaffung mehrerer Feiertage; das Weihnachtsfest bleibt nicht verschont. Wir meinen: Die Flensburger Theologen werden auch für Westberlin sprechen dürfen, wenn sich offenbart, daß die Gemeinden unserer Stadt - voran diejenige der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche - nicht gewillt sind, den Widerspruch von einigen Stunden herzergreifenden, tiefen Sehnens nach Frieden und gleichzeitigem Morden, Verhungern und geistig-seelischem Vergewaltigen bei uns und anderswo aufzuheben. Wir glauben gar, Ihr Gottesdienst - wird er wie üblich "abgehalten" und nicht a k t i v in den Dienst der menschlichen Bedürfnisse gestellt - ist - objektiv betrachtet - ein Baustein zur Gewaltanwendung gegen Menschen. Denn in einer Welt der Gewalt von Seiten der Herrschenden kann eine Gemeinde, die die Seite der Unterdrückten nicht m i t g a n z e r K r a f t unterstützt, nur objektiv zur Stärkung der Stellung der Herrschenden beitragen.

Wir wissen, daß viele Jugendliche dieser Stadt von tiefem Widerwillen gegen jeden Gottesdienst erfüllt sind, weil in ihm i.d.R. für kurze Zeit - bewußt oder unbewußt - von der Möglichkeit der Durchsetzung echter Alternativen zur bestehenden Gesellschaft abgelenkt wird, indem ein scheinbarer, augenblicklicher Zustand der Befriedigung erreicht wird, der vor der Kirchentür im Angesicht der Umwelt, die vom Gottesdienst nicht tatsächlich beeinflußt wird, jämmerlich zerbricht.

Der Gottesdienst Ihrer für die Stadt bedeutungsvollen Gemeinde sollte daher nicht in der üblichen, die Lage der Stadt und der Welt verschleiernden, weil nicht aktiv ändernden Form durchgeführt werden. Um ihnen unangenehme, aber begreifliche Aktionen junger Christen in den Weihnachtstagen zu ersparen, schlagen wir Ihnen, werter Herr Pfarrer, vor, zusammen mit der jeweils anwesenden Gemeinde in echtem Willen zur Verbesserung unserer Gesellschaft beizutragen.

Wir glauben noch immer trotz aller Vergangenheit, aber auch auf Grund der aufrechten Haltung einiger, wenn auch weniger kirchlicher Vertre-

ter, daß es nicht Ziel der evangelischen Kirche ist, das bestehende, unmenschliche Gesellschaftssystem, zu stützen. Diese Zuversicht kann nicht erhalten bleiben, wenn die Gemeinden dieser Stadt weiterhin passiv Unterdrückung in vielen Lebensbereichen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegenüberstehen und nicht heute und jetzt in christlichem Bewußtsein Alternativen für das Zusammenleben der Menschen - eine solche wäre ein demokratischer Sozialismus - zur Diskussion stellen.

Vordringlich scheint uns daher, daß die evangelische Kirche zur Erfüllung ihrer sich selbst gestellten Aufgabe zum Weihnachtsfest 1968 den ersten, wie immer nicht leichten Schritt in Richtung auf eine radikal christliche Kirche geht. Um allen Christen dieser Stadt die Glaubwürdigkeit Ihrer Bemühungen im Sinne einer menschlichen Gesellschaft zu vermitteln, sollten symbolhaft für Westberlin die Weihnachtsgottesdienste Ihrer Gemeinde leidenschaftliche, ein Ausweichen der Verantwortlichen nicht zulassende Forderungen an die Macht-Mißbrauchenden enthalten. Der Gottesdienst am Sonnabend, den 21. Dezember 1968, müßte bereits von dem Willen der Kirchenleitung gekennzeichnet sein, die tiefe Sorge der jungen Christen zu verstehen. Um die beschämenden Vorgänge des vergangenen Weihnachtsfestes in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu vermeiden, schlagen wir Ihnen vor, nach Aussprache mit der Gemeinde folgende Bitten zu richten

1. an die Politiker dieser Stadt, nicht weiterhin den Großteil der von Ihnen in Unwissenheit gehaltenen Bevölkerung gegen eine um die Errichtung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung bemühten Minderheit anzustacheln,
2. an die Justiz dieser Stadt, junge Arbeiter, Schüler und Studenten nicht weiterhin als Kriminelle zu behandeln, weil sie offene und versteckte Gewaltanwendung der Herrschenden mit ihrem christlichen Gewissen als unvereinbar ansehen und sie daher bekämpfen,
3. an die Bundesregierung, nicht weiterhin mit diktatorischen Regierungen, die elementaren Grundsätzen christlichen Glaubens täglich entgegenarbeiten, offen oder heimlich zu kollaborieren,
4. an die amerikanischen Soldaten unserer Stadt, nicht weiterhin einer Armee anzugehören, die für den Völkermord in Vietnam kämpft.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Pfarrer, daß diese jedem Gutwilligen am Herzen liegenden Bitten von der Gemeinde Zustimmung finden werden. Sollten sie abgelehnt werden oder wäre zumindest eine freie Aussprache unmöglich, so bewiese es die These der Flensburger Theologen, daß das Weihnachtsfest nur noch eine einzigartige schöne Heuchelei sei, die mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Für die Austragung dieser Auseinandersetzung hätten Sie, werter Herr Pfarrer, zu wenig beigetragen.
In Sorge um das Weihnachtsfest verbleiben wir, auf Ihre Antwort wartend,

ad-hoc-Gruppe "Christliche Weihnacht 1968"
(Arbeitskreis "Agitprop" im RC Westberlin)

Aufruf des Delegiertenrates

Bei der letzten Zusammenkunft, 16. Dezember 1968, der Vertreter der Arbeitskreise und Aktivgruppen im Republikanischen Club hat sich der über diese Gruppe zu bildende Delegiertenrat (Siehe Beschluß der Mitgliederversammlung vom 25. Mai 1968) nunmehr k o n s t i t u i e r t , obwohl auch bei diesem Treffen nur ein kleiner Teil der Eingeladenen erschienen war (4 Arbeitskreise).

Die Konstituierung wurde trotzdem beschlossen, weil neue Organisationsstrukturen innerhalb der Mitgliedschaft des RC dringender denn je erscheinen und man von den Plänen und Vorschlägen endlich zu effektiver Arbeit gelangen muß. Der Delegiertenrat wird versuchen, von einer breiteren Basis her als dies bisher dem Vorstand möglich ist, die anstehenden Probleme mit zu lösen sowie Stellungnahmen und Strategien des RC mit zu entwickeln helfen bzw. seine Meinung hierzu zu formulieren.

Wir bitten deshalb d r i n g e n d - um diese geplante breitere Basis zu realisieren -, daß zu der nächsten Zusammenkunft des Delegiertenrates tatsächlich alle Arbeitskreise und Aktivgruppen des RC ein oder zwei Vertreter entsenden. Wir halten dieses Treffen deshalb für wichtig, weil für die ausstehende Diskussion dieser Fragen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Basis zu schaffen versucht werden sollte.

Nächste Zusammenkunft:

Montag, 6. Januar 1969 - 20 Uhr im RC

Die bisherigen Mitglieder des Delegiertenrates haben beschlossen, keinen Vorsitzenden zu wählen, sondern im Rotationsverfahren soll jeweils einem bzw. zwei Arbeitskreisvertretern die bürokratische Federführung übertragen werden.

Der Arbeitskreis "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)"
Erika Seidel

Technische Anmerkungen zur außerordentlichen Mitgliederversammlung

Die 2. außerordentliche Mitgliederversammlung wird am Donnerstag, den 9. Januar 1969 um 20 Uhr (nicht um 18 Uhr) im

Evangelischen Gemeindehaus
1 Berlin 33 (Dahlem)
Thielallee 1 und 3 (Ecke Königin-Luise-Straße)

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Dahlem Dorf
Bus A 1, A 10

stattfinden. Wir machen Sie schon jetzt auf Wunsch der Kirchenleitung darauf aufmerksam, daß im Versammlungsraum nicht geraucht werden darf. Außerdem ist noch zu beachten: Da der sehr große Saal nur mit 350 Stühlen bestückt ist, bitten wir alle Späterkommenden, sich einen Klappstuhl oder ähnliches mitzubringen.

Die Tagesordnung für die außerordentliche Mitgliederversammlung wird k im nächsten BULLETIN (Erscheinungstag: 7. Januar 1969) veröffentlicht werden.

Interne Betriebsprobleme des Republikanischen Clubs

1. Ist die Bücherstube bereits sozialisiert?

Da in der letzten Zeit die Zahl der in der Bücherstube im RC geklauten Bücher täglich wächst, will ich versuchen, offenbar bestehende falsche Vorstellungen zu korrigieren.

Die Buchhandlung im RC ist ein Kommissionsgeschäft der Buchhandlung Karin Röhrbein, welche wie fast alle linken Buchläden große finanzielle Schwierigkeiten hat. Der RC erhält von Röhrbein pro verkauftes Buch

eine Provision von 20 % und bezahlt davon Miete, Licht, Heizung, Reinigung anteilig für die Bücherstube, Büromaterial, Telefonkosten und das Gehalt der Buchhändlerin. Meist deckt die Provision diese Ausgaben knapp. Alle anderen Aufwendungen, die ebenfalls beträchtlich sind, gehen zu Lasten Karin Röhrbeins. Wenn man weiß, daß die durchschnittliche Gewinnspanne im Buchhandel 35 % beträgt, ist es leicht zu errechnen, daß nach Abzug ihrer [illegible] auch für Karin Röhrbein wenig bis nichts an Gewinn bleibt. Da die [illegible] im RC von Anfang an nicht als gewinnbringendes Unternehmen [illegible] wurde, ist so weit noch alles in Ordnung. (Davon abgesehen, daß erzielter Gewinn für politische Arbeit verwendet werden würde.)

Problematisch wird das Unternehmen Bücherstube für die Beteiligten, speziell für Karin Röhrbein, wenn, wie der Fall, die Genossen monatlich für 300,-- bis 500,-- DM Bücher aus dem Laden tragen, unbezahlte! Da Karin Röhrbein den Verlagen die Bezahlung nicht verweigern kann, wenn sie ihren Laden weiterführen will, ergibt sich ein klares Defizit für sie, was irgendwann, wenn die Situation sich nicht ändert, zum Konkurs führen muß. Was genau so zutrifft für andere Läden mit nur linkem Sortiment. Allen konservativen Buchhandlungen bleibt ja die Möglichkeit des Ausgleichs. Verschwundene Wirtschaftstheorien und sexuelle Revolutionen werden durch Adenauers Memoiren, Angelique und andere Verdummungsprodukte mindestens finanziell integriert.

Warum aber klauen die Genossen? Weil sie ein bestimmtes Buch für eine bestimmte Arbeit benötigen und es nicht bezahlen können, weil sie vermuten, die Bücherstube habe eine vermögende Institution im Hintergrund, die die Verluste tragen kann? Diese Begründung wäre legitim, aber da es diese Institution nicht gibt, läuft alles auf Ausbeutung einer Einzelnen hinaus.

Vielleicht klauen die Genossen auch, weil es linke Mode ist, weil es in linken Läden einfach [illegible] ist (es erfolgt keine Anzeige), weil sie eben doch Bücher mit revolu[illegible] privates Eigentum sammeln. Das alles wird kaschie[illegible] - das [illegible] Buch als Ware - den Konsumterror [illegible] Geste. Das [illegible] abschaffen - solche Begrün[illegible] Privateigentum an Wissen sie brauchbar sind. [illegible] vorgeschoben, weil Klau[illegible] kritisch, was Wahl der Gründe und [illegible] ja, a[illegible] [illegible]rft.

Marlies Neuhaus

[illegible]ie Angestellten im Republikanischen Club

Ein Wort

[illegible]en Sie bemerkt, daß unter dem jetzigen Vorstand der Betriebe Sicher [illegible] und Bar personell umgestellt worden ist. Wir haben in unserer in Küche[illegible]icht die ökonomischen Gründe für diese Umstellung ausgefüh[illegible] Finanzh[illegible]ber auch noch andere Gründe: Wir meinen, daß ein linker po[illegible] Es gibt [illegible]lub, der sich nicht als kapitalistisches Restaurationsunter[illegible] tischer [illegible]ehen will, auch nicht die Dienst- und Ausbeutungssituation [illegible] man ver[illegible]ten reproduzieren darf. Die Angestellten und einige Clubmit[illegible] Ange[illegible] haben für sich die Konsequezenzen dahingehend gezogen, daß [illegible] gl[illegible]illig Überstunden machen bzw. unentgeltlich ihre Arbeitskraft a[illegible] f[illegible] einen Beitrag politischer Arbeit dem Betrieb zur Verfügung stelle[illegible] [illegible] Recht dürfen die "Angestellten" sich dann darüber beklagen, daß [illegible]ige Mitglieder des RC offenbar nicht bereit sind, für sich die ent[illegible]rechenden Konsequenzen zu ziehen. Nicht nur die Angestellten, auch [illegible]tglieder des RC sollten sich bemühen, sozialistisches Bewußtsein in [illegible]zialistische Praxis umzusetzen.

V. Veranstaltungskalender

Freitag, den 20. Dezember 1968 - 15 Uhr
Öffentliche Pressekonferenz zum Thema "Prozesse in Persien". Die Konföderation Iranischer Studenten informiert über die neueste Entwicklung bei den Prozessen gegen die persischen Intellektuellen. An der Pressekonferenz nehmen u.a. teil: Bahman Nirumand, Heinrich Albertz, Professor Helmut Gollwitzer, Horst Mahler

Freitag, den 20. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion mit Professor Wilfried Gottschalch zum Thema:
Über die Chancen radikaldemokratischer Gruppen nach der präventiven Konterrevolution.
Einige Gedanken zur Strategie des Republikanischen Clubs.

Dienstag, den 24. Dezember 1968
Mittwoch, den 25. Dezember 1968 und
Donnerst.,den 26. Dezember 1968 ist der Club g e s c h l o s s e n .

Freitag, den 27. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion mit Reinhard Opitz zum Thema:
Die Parlamentarisierung der außerparlamentarischen Opposition.
Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Rede, die Opitz beim Dortmunder Gründungskongreß "Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969" gehalten hat. Sie ist abgedruckt im November-heft der "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Sonntag, den 29. Dezember 1968 - 20 Uhr
Der Arbeitskreis AGITPROP im RC lädt zur Diskussion über das nach Seite 12 eingelegte Flugblatt ein. An der Diskussion werden Mitglieder der Roten Garde, der SED und Vorstandsmitglieder des RC teilnehmen.

Am Dienstag, den 31. Dezember 1968
Mittwoch, den 1. Januar 1969 ist der Club g e s c h l o s s e n .

Ergänzungen und Änderungen bitten wir Sie, dem Berliner EXTRA-DIENST zu entnehmen.

NEUERSCHEINUNGEN ********** erhältlich in der Bücherstube im RC

Mao-Tse-Tung
WERKE, Band II,
Peking 1968, DM 4,--

G. Blumer
Die chinesische Kulturrevolution 1965/67
Frankfurt/M., 1968, DM 9,--

Jürgen Habermas
Erkenntnis und Interesse
Ffm.1968, DM 15,--

Die Linke antwortet Jürgen Habermas
Ffm, 1968, DM 7,--

R. Hilferding
Das Finanzkapital
Ffm, 1968, DM 29,--

Anna Freud
Wege und Irrwege in der Kinderentwicklung
Bern/Stgt.1968, DM 20,--

Wilhelm Reich
Funktionen des Orgasmus
DM 7,50

23. August 1968 - Fernsehrede des Kommandanten Fidel Castro, um die Ereignisse in der CSSR zu analysieren - Herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS, DM 2,50

---

erhältlich in der Bücherstube im RC ********** NEUERSCHEINUNGEN